Niederschrift zur 33. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 05.06.2025
Sitzungsdauer: 19:30 Uhr - 22:35 Uhr
Raum, Ort: Mehrzweckraum der Halle Urberach, Am Schellbusch 1

Anwesenheitsliste

Anwesend

Name	Funktion	Bemerkung
Jörg Rotter	Bürgermeister	
Hans Gensert	Magistrat in Stavo	
Anna-Monika Gierszewski	Magistrat in Stavo	
Werner Popp	Magistrat in Stavo	
Manfred Rädlein	Magistrat in Stavo	
Mona Reusch	Magistrat in Stavo	
Herbert Schneider	Magistrat in Stavo	
Michael Uhe-Wilhelm	Magistrat in Stavo	
Jan Grünberg	Ausschussvorsitz	
Björn Beicken	Gremiumsmitglied	
Jenny Bender	Gremiumsmitglied	
Isabelle Brühne	Gremiumsmitglied	
Nina Daum	Gremiumsmitglied	
Hidir Karademir	Gremiumsmitglied	Vertretung für: Patricia Diallo
Stefan Gerl	Gremiumsmitglied	
Tobias Kruger	Gremiumsmitglied	
Christiane Lotz	Gremiumsmitglied	
Michael Gensert	Gremiumsmitglied	Vertretung für: Adrienne Wehner
Brigitte Beldermann	stellv. Stavo-Vorsteher/in	Vertretung für: Jana Tüncher
Anke Rüger	stellv. Stavo-Vorsteher/in	
Peter Schröder	stellv. Stavo-Vorsteher/in	
Michael Spieß	stellv. Stavo-Vorsteher/in	
Dr. Rüdiger Werner	stellv. Stavo-Vorsteher/in	
Kamber Gök	Vertretung ABR	
Anita Poschmann	Vertretung SBR	
Silvia Hechler	Schriftführung	

Abwesend

Name	Funktion	Bemerkung
Andrea Schülner	Erste Stadträtin	entschuldigt
Elke Heidelbach	Magistrat in Stavo	entschuldigt
Karin von der Lühe	Magistrat in Stavo	entschuldigt
Patricia Diallo	Gremiumsmitglied	entschuldigt
Jana Tüncher	Gremiumsmitglied	entschuldigt
Adrienne Wehner	Gremiumsmitglied	entschuldigt
Sven Sulzmann	Stavo-Vorsitz in Gremien	entschuldigt
Till Andrießen	Mitarbeiter/in der Verwaltung	entschuldigt
Arne Breustedt	Schriftführung	entschuldigt

Gäste:

Name	Bemerkung

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung	
2	Änderung der Hebesatzsatzung- 1. Änderung	**DS/177/25**
3	Antrag der Fraktionen CDU und AL/Grüne: Änderung der Hebesatzsatzung	**DS/178/25**
4	Grundsatzbeschluss zur Eingliederung des Eigenbetriebs "Kommunale Betriebe Rödermark" (KBR)	**DS/173/25**
5	Änderungen der 1. Kostenbeitragssatzung zur Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Rödermark - 6. Änderung - 2. Kostenbeitragssatzung zur Satzung über die Betreuung von Kindern in den Kinderhorten und der Schulkinderbetreuung der Stadt Rödermark - 9. Änderung -	**DS/126/25**
6	Änderung der Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen für Kinder in der Stadt Rödermark - 4. Änderung -	**DS/130/25**
7	Ortskern Ober-Roden; Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch	**DS/166/25**
8	Ortskern Ober-Roden; Veränderungssperre gemäß § 14 Baugesetzbuch	**DS/167/25**
9	Einsparung des Gremiums für Landschaftspflege, Umwelt und Naturschutz Rödermark	**DS/189/25**
10	KFZ-Kennzeichen für Rödermark	**DS/162/25**
11	Entwurf des Frauenförder- und Gleichstellungsplans der Stadtverwaltung Rödermark und des Eigenbetriebs Kommunale Betriebe Rödermark	**DS/165/25**
12	Entsprechende Anwendung der Verwaltungsvorschriften über die Gewährung von Rechtsschutz für städtische Bedienstete	**DS/121/25**
13	Antrag der Fraktion FWR: Personalabbau	**DS/175/25**
14	Antrag der FDP-Fraktion: Hopper - Ausstieg oder grundlegende, kostengünstige und transparente Reform	**DS/182/25**
15	Antrag der FDP-Fraktion: Erhöhung des Gewerbesteuermessbetrages auf 400 Prozentpunkte	**DS/183/25**
16	Antrag der FDP-Fraktion: Pauschale Einsparung (5%) im laufenden Haushaltsvollzug	**DS/184/25**

TOP	Betreff	Vorlage
17	Antrag der FDP-Fraktion: STOP der Planungen zur Verschönerung des (Rodau-)Park an der Rilkestraße	**DS/185/25**
18	Einschlägige Punkte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung	
19	Mitteilungen und Anfragen	

Niederschrift

Öffentlicher Teil

Zu 1. Eröffnung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Der Vorsitzende, Herr Grünberg, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung ergeben sich keine Einwände.

Gegen die Niederschrift der letzten Sitzung am 08.05.2025 wurden keine Einwände vorgetragen. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

Zu 2. Änderung der Hebesatzsatzung- 1. Änderung DS/177/25

Die Tagesordnungspunkte 2 und 3 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

Es wird angekündigt, dass es am 26.08.25 eine Bürgerfragerunde geben soll.

Bezüglich TOP 2 liegt eine Änderungsvorlage vor (DS/177/25-1) über welche im Anschluss abgestimmt werden soll.

Aufgrund des noch bestehenden Beratungsbedarfes in einzelnen Fraktionen erfolgt keine Abstimmung.

Der unter TOP 3 zu beratende Antrag der Fraktionen CDU und AL/Grüne wird geschoben und soll gegebenenfalls als erledigt angesehen werden.

Zu 3. Antrag der Fraktionen CDU und AL/Grüne: Änderung der Hebesatzsatzung DS/178/25

Zu 4. Grundsatzbeschluss zur Eingliederung des Eigenbetriebs "Kommunale Betriebe Rödermark" (KBR) DS/173/25

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Eigenbetrieb „Kommunale Betriebe Rödermark“ (KBR) mit Wirkung zum Ablauf des 31. Dezember 2025 aufzulösen und ab dem 01.01.2026 als Vermögen der Stadt Rödermark fortzuführen.

2. Der Magistrat wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Eigenbetrieb „Kommunale Betriebe Rödermark“ (KBR) zum unter 1. genannten Datum in die Kernverwaltung der Stadt Rödermark einzugliedern.

3. Der Magistrat wird beauftragt, die Aufhebung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb „Kommunale Betriebe Rödermark“, in Kraft seit 01.01.2009, sowie die Geschäftsordnung

der Betriebskommission des Eigenbetriebes „Kommunale Betriebe Rödermark“, in Kraft seit 10.02.2009, der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

4. Der Magistrat wird entsprechend ferner damit beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung ab dem Haushaltsjahr 2026 den Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes und den dann eingliederten Wirtschafts- und Stellenplan des Eigenbetriebes zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

5. Das bisher für den Eigenbetrieb „Kommunale Betriebe Rödermark“ tätige Personal wird in die Organisation der Stadtverwaltung Rödermark eingegliedert. Der Magistrat wird beauftragt, eine entsprechende Organisationsverfügung vorzubereiten.

Abstimmung
Zustimmung: CDU, AL, SPD, FDP, FWR
Ablehnung:
Enthaltung:

Abstimmungsergebnis: Einsimmig zugestimmt

Zu 5. Änderungen der

1. Kostenbeitragssatzung zur Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Rödermark - 6. Änderung -

2. Kostenbeitragssatzung zur Satzung über die Betreuung von Kindern in den Kinderhorten und der Schulkinderbetreuung der Stadt Rödermark - 9. Änderung -

DS/126/25

Zu Tagesordnungspunkt 5 liegt eine Neufassung der Beschlussvorlage vor.

Es erfolgt keine Beschlussempfehlung.

Zu 6. Änderung der Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen für Kinder in der Stadt Rödermark - 4. Änderung -

DS/130/25

Zu Tagesordnungspunkt 6 liegt eine Neufassung der Beschlussvorlage vor.

Es erfolgt keine Beschlussempfehlung.

Die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Betreuung von Kindern in den Tageseinrichtungen für Kinder in der Stadt Rödermark wird gemäß dem beigefügten Entwurf beschlossen.

Zu 7. Ortskern Ober-Roden;

Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch

DS/166/25

Im Beschlussvorschlag und in der Begründung zur Vorlage sollen die Worte „ sowie Shisha-Bars“ gestrichen werden.

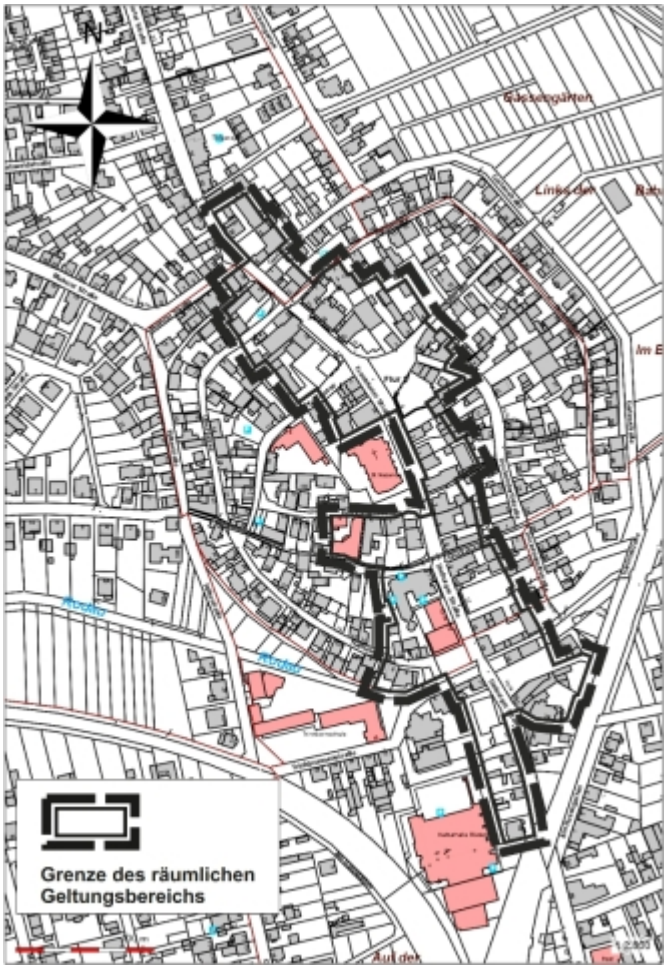
Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich, dem geänderten Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch die Aufstellung eines Bebauungsplans für ein 3,5 Hektar großes Gebiet entlang des nördlichen Abschnitts der Dieburger Straße und des südlichen Abschnitts der Frankfurter Straße zwischen dem Bahnübergang sowie der Einmündung der Mainzer Straße. Durch den Bebauungsplan sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Ausschluss unerwünschter Nutzungen wie z.B. Vergnügungsstätten sowie Shisha-Bars geschaffen werden.

Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung A68 „Ortskern Ober-Roden“. Er soll im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch sowie als einfacher Bebauungsplan gemäß § 30 Abs. 3 Baugesetzbuch aufgestellt werden. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekanntzumachen. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch soll durchgeführt werden.

Der räumliche Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Ober-Roden Flur 1 Flurstücke 1/1, 2/1, 3/4, 3/6, 3/7, 4, 5, 6, 7, 11, 12, 43, 75/2, 75/3, 76/1, 79/1, 80/2, 89, 90/1, 99, 100, 101/1, 101/2, 104/1, 105/3, 105/5, 106/4, 107/4, 108/1, 108/2, 109/1, 146, 147, 155/1, 156/1, 162/1, 166/1, 167, 168/1, 188, 189, 190, 216/6, 220/5, 220/6, 221/16, 222, 237/3, 237/4, 240, 248 (tw.), 249/1 (tw.), 249/2, 251 (tw.), 252 (tw.), 253 (tw.), 254 (tw.), 255/2 (tw.), 256/3 (tw.), 258 (tw.), 260/2 (tw.), 261/1 (tw.), 262/3 (tw.), 266/1 (tw.), 266/2 (tw.), 267 (tw.), 271 (tw.), 351 (tw.), 776/1 (tw.); Flur 2 Flurstücke 153/1 (tw.), 154, 167/2, 167/3, 167/4, 347/1 (tw.), 350 (tw.), 352/1 (tw.); Flur 19 Flurstücke 123/3, 124 (tw.), 129/1, 130, 131, 132/1, 185, 186/1, 188, 189/2, 191/4 (tw.), 195/1, 724/1 (tw.), 727/5 (tw.), 728 (tw.), 777 (tw.).

Die genaue Abgrenzung kann der nachstehenden Abbildung entnommen werden.



Sollten sich im Zuge der nachfolgenden Planung Abweichungen von dem vorstehend genannten räumlichen Geltungsbereich als sinnvoll erweisen, so wird der Magistrat ermächtigt, der Stadtverordnetenversammlung einen geänderten räumlichen Geltungsbereich im Rahmen der Beschlussfassung über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch vorzulegen.

Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekanntzumachen. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch ist durchzuführen.

Abstimmung
Zustimmung: CDU, AL, SPD, FWR
Ablehnung:
Enthaltung: FDP

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Zu 8. Ortskern Ober-Roden;
Veränderungssperre gemäß § 14 Baugesetzbuch
DS/167/25

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für den räumlichen Geltungsbereich des in

Aufstellung befindlichen Bebauungsplan „Ortskern Ober-Roden“ (A68) auf der Grundlage des § 14 Baugesetzbuch eine Veränderungssperre als Satzung gemäß beiliegendem Entwurf.

Die Satzung ist ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmung
Zustimmung: CDU, AL, SPD, FWR
Ablehnung:
Enthaltung: FDP

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Zu 9. Einsparung des Gremiums für Landschaftspflege, Umwelt und Naturschutz Rödermark
DS/189/25

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Abschaffung des Gremiums für Landschaftspflege, Umwelt und Naturschutz in Rödermark.

Abstimmung
Zustimmung: CDU, AL, SPD, FDP, FWR
Ablehnung:
Enthaltung:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Zu 10. KFZ-Kennzeichen für Rödermark
DS/162/25

In der Begründung zur Vorlage soll das Wort „RDM“ gestrichen werden.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich bei Enthaltung der SPD-Fraktion, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt ausdrücklich die Initiative zur Einführung eines eigenen Kennzeichens für die Stadt Rödermark und strebt die Einführung des eigenen Kennzeichens an.
Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, sich beim zuständigen Ministerium des Landes Hessen dafür einzusetzen, dass eine entsprechende gesetzliche Änderung auf Bundesebene angestoßen wird.

Abstimmung
Zustimmung: CDU, AL, FWR
Ablehnung: FDP
Enthaltung: SPD

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt

Zu 11. Entwurf des Frauenförder- und Gleichstellungsplans der Stadtverwaltung Rödermark und des Eigenbetriebs Kommunale Betriebe Rödermark
DS/165/25

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Die in der Anlage beigefügten Frauenförder- und Gleichstellungspläne der Stadtverwaltung Rödermark und des Eigenbetriebs Kommunale Betriebe Rödermark für die Zeit von 2025 bis 2031 werden beschlossen.

Abstimmung
Zustimmung: CDU, AL, SPD, FDP, FWR
Ablehnung:
Enthaltung:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Zu 12. Entsprechende Anwendung der Verwaltungsvorschriften über die Gewährung von Rechtsschutz für städtische Bedienstete
DS/121/25

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Über den Tagesordnungspunkt soll in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ohne Aussprache abgestimmt werden.

Die Stadt Rödermark gewährt in entsprechender Anwendung der „Verwaltungsvorschrift über die Gewährung von Rechtschutz für Landesbedienstete - Gemeinsamen Runderlass des Ministeriums des Innern und für Sport, zugleich im Namen der Staatskanzlei und der Ministerien vom 29.11.2022, Staatsanzeiger Nr. 51 vom 19.12.2022, S. 1412 f. den Beschäftigten im Rahmen der bestehenden Rechtschutzversicherung Rechtsschutz.

Die Entscheidung über die Gewährung von Rechtsschutz trifft der Magistrat als oberste Dienstbehörde.

Abstimmung
Zustimmung: CDU; AL, SPD, FDP, FWR
Ablehnung:
Enthaltung:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Zu 13. Antrag der Fraktion FWR: Personalabbau
DS/175/25

Es erfolgt keine Beschlussempfehlung.

Zu 14. Antrag der FDP-Fraktion: Hopper - Ausstieg oder grundlegende, kostengünstige und transparente Reform
DS/182/25

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich bei Enthaltung der Freien Wähler, den Beschlussvorschlag abzulehnen.

Der Magistrat der Stadt Rödermark wird mit Blick auf die aktuelle (und absehbar) finanzielle Schieflage der Stadt Rödermark und der finanziellen Belastung der Bürger/-innen (Stichwort: Grundsteuererhöhung[1]) beauftragt, mit den anderen Kreiskommunen zu sprechen und auf diese einzuwirken, sich gemeinsam bei der kvgOF dafür einzusetzen, baldmöglichst aus dem Projekt Hopper auszusteigen oder das Betriebs- und Finanzmodell des Hopper auf ein für die beteiligten Kommunen vorausschauend kalkulier- und steuerbares, kostengünstiges Modell (im echten Sinne des ÖPNV und nicht ein durch die Steuerzahler/-innen finanziertes Taxi) zu reformieren und transparent zu optimieren.

Abstimmung
Zustimmung: FDP
Ablehnung: CDU, AL, SPD
Enthaltung: FWR

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

Zu 15. Antrag der FDP-Fraktion: Erhöhung des Gewerbesteuermessbetrages auf 400 Prozentpunkte
DS/183/25

Der Antrag der FDP-Fraktion wird gegebenenfalls als erledigt angesehen.

Es erfolgt keine Beschlussempfehlung.

Zu 16. Antrag der FDP-Fraktion: Pauschale Einsparung (5%) im laufenden Haushaltsvollzug
DS/184/25

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich bei Enthaltung der SPD-Fraktion, den Beschlussvorschlag abzulehnen.

Der Magistrat der Stadt Rödermark wird mit Blick auf die aktuelle (und absehbar anhaltende) finanzielle Schieflage der Stadt Rödermark und der drohenden finanziellen (Mehr-)Belastung der Bürger/-innen (Stichwort: Grundsteuererhöhung[2]) dringend ersucht und aufgefordert, im unterjährigen Vollzug des laufenden Haushalts 2025 im gesamten Haushalt 5% an Kosten pauschal einzusparen. Sämtliche gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen der Stadt sind hiervon ausgenommen.

Abstimmung

[1] „Es reicht! – Bürgermeister aus dem Kreis Offenbach schlagen Alarm“ – Neue Zeitung Heusenstamm vom 19.04.2025
[2] „Kassensturz mit Folgen“ – Offenbach Post vom 14.05.2025

Zustimmung: FDP, FWR
Ablehnung: CDU, AL
Enthaltung: SPD

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

Zu 17. Antrag der FDP-Fraktion: STOP der Planungen zur Verschönerung des (Rodau-)Park an der Rilkestraße
DS/185/25

Es besteht noch Beratungsbedarf in einzelnen Fraktionen.

Es erfolgt keine Beschlussempfehlung.

Zu 18. Einschlägige Punkte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Es liegen keine einschlägigen Punkte zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor.

Zu 19. Mitteilungen und Anfragen

Keine.

Die Sitzung wird um 22:35 Uhr geschlossen.

Vorsitz:	**Schriftführung:**
Jan Grünberg	Silvia Hechler